

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Als "parteitaktisches Wahlkampf-Mätzchen" bezeichnet **Hans Büttner MdB** die Vorschläge des Bundesgesundheitsministers, die Krankenkassenbeiträge zu senken: "Unseriös!"

Seite 1

Nicht die Gewandandrohung allein, sondern das gemeinsame Konzept hat den Kompromiß in Bosnien gefördert, erläutert **Dr. Peter Glotz MdB**.

Seite 2

Einen "Meilenstein in der Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Katholischen Kirche und der Deutschen Sozialdemokratie" nennt **Dr. Hans-Jochen Vogel MdB** den ersten Besuch einer SPD-Delegation im Vatikan vor genau 30 Jahren.

Seite 4

Die Bundeswehr kann nach den politischen Veränderungen in Mitteleuropa nicht so bleiben wie sie ist. Eine klare Definition des Bundeswehrauftrags und eine Reduzierung ihrer Friedensstärke auf 300.000 Mann fordert der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **Walter Kolbow MdB**.

Seite 5

49. Jahrgang / 44

4. März 1994

Forderung des Gesundheitsministers unseriös Krankenkassenbeiträge nicht für parteitaktische Mätzchen mißbrauchen

Von **Hans Büttner MdB**
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der Bayern-SPD

Die Selbstverwaltungsorgane der gesetzlichen Krankenversicherung beschließen jährlich darüber, wie hoch die Beitragssätze sein müssen, um die Einnahmen zu erzielen, die zur Deckung der gesetzlich und vertraglich festgelegten Auf- und ausgaben der Krankenkassen erforderlich sind. Für die Einnahmen spielt dabei nicht nur die Höhe des Beitragssatzes eine Rolle, sondern vor allem die Entwicklung der Löhne und Gehälter. Die Krankenkassen haben in der Tat 1993 einen Überschuß erzielt. Er stammt zu einem Teil aus den Leistungskürzungen gegenüber Ärzten und Pharmafirmen in der Folge des Gesundheitsstrukturgesetzes. Ein weiterer Teil stammt aus der Verlagerung von Gesundheitskosten auf die Patienten durch erhöhte Zahlungen und Leistungsausgrenzungen. Und der dritte Teil stammt aus einer 1993 höheren Grundlohnsumme als noch Ende 1992 - bei der Aufstellung der Haushalte der Krankenkassen - abzuschätzen war.

Für 1994 unterstellt der Bundesgesundheitsminister eine Steigerung der Grundlohnsumme von 3,2 Prozent, obwohl er selbst mit dem gesamten Kabinett eine Nullrunde fordert. Gleichzeitig werden allein Betriebsvereinbarungen wie bei VW und anderswo nicht nur zu realen sondern erstmals auch zu absoluten Lohnkürzungen führen, womit erstmals auch die Grundlohnsummen zurückgehen beziehungsweise bestenfalls unverändert bleiben werden. Die Folge: Durch seine Zielvorgabe von plus 3,2 Prozent gibt der Gesundheitsminister den Leistungsanbietern (Ärzten, Krankenhäusern etc.) den Forderungsrahmen für die Vertragsverhandlungen und damit Ausgaben-erhöhungen vor. Die stagnierenden beziehungsweise zurückgehenden Beitragseinnahmen aufgrund der Lohnentwicklung führen damit selbst bei unveränderten Beitragssätzen bereits 1994 dazu, daß vorhandene Überschüsse aus 1993 bestenfalls dazu ausreichen dürften, das zu erwartende Defizit auszugleichen. Würden jetzt darüber hinaus Beiträge gesenkt, müßten diese spätestens im November 1994 wieder erhöht werden. Eine solche Beitragspolitik schadet

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Vertrieben durch
mit wertvollen Ratungen
Recycling-Papier



sowohl einer verlässlichen Sozialpolitik. Sie führt auch gerade bei Klein- und Mittelbetrieben zu ständig neuen Kostenbelastungen durch die jeweilige Umstellung der betrieblichen Abführungssysteme. Nicht zuletzt auch deshalb verlangen auch die Vertreter der Arbeitgeber das Prinzip stabiler Beitragssätze. Dies weiß natürlich auch der Bundesgesundheitsminister. Sein Vorschlag hat deshalb mit sozial- oder wirtschaftspolitischen Erfordernissen nichts zu tun. Er verfolgt vielmehr ein rein parteitaktisches Szenario:

Eine Senkung der Beiträge jetzt ließe sich als Erfolg der Bundesregierung verkaufen. Verliert die Koalition die Bundestagswahl, was zu erwarten ist, müßten die Krankenkassen in den ersten Monaten einer SPD-Regierung die Beiträge wieder erhöhen und die CDU/CSU könnte die Schuld der neuen Regierung zuschieben. Werden die Beiträge jedoch nicht gesenkt, führt dies 1994 zu einer weiteren drastischen Kürzung der Nettoeinkommen der Beitragszahler. Da sich dies aufgrund der Rentenformel auch auf die Renten auswirkt, müßte die Bundesregierung noch vor der Wahl mit der Hiobsbotschaft geringerer Renten vor die Öffentlichkeit treten. Im anderen Fall könnte sie dies auf das Jahr 1995 verschieben und damit auch einer SPD-geführten Regierung anlasten.

Sollte die Bundesregierung wider Erwarten an der Macht bleiben, erleichtert das Szenario des Bundesgesundheitsministers eine noch rigorosere Politik des Sozialabbaus. Notwendige höhere Beiträge der Krankenkassen Ende 1994 könnten es politisch erleichtern, die selbst bestellten Gutachtenvorschläge über weitere Leistungskürzungen bei den Krankenversicherungen durchzusetzen und den auch in der Union laut angedachten Ausstieg aus der beitragsbezogenen Rente vorzunehmen. Daß der Bundesgesundheitsminister ein hervorragender Politaktiker ist, war stets unbestritten. Bislang legte er jedoch auch Wert darauf, in der Öffentlichkeit ein soziales Image zu besitzen. Mit seinem Beitragsszenario kann er dieses Image sehr schnell verlieren. Solche Mätzchen mögen zwar für Schlagzeilen sorgen, sie schaden jedoch unserem Sozialstaatssystem und damit den Menschen in unserem Land. Der Bundesgesundheitsminister sollte zumindest seriös bleiben.

(-/4.3.1994/vc-ha/hgs)

**Mit dem Schießkrieg drohen genügt nicht
Kompromiß in Bosnien beruht auf gemeinsamem Konzept**

Von Dr. Peter Glotz MdB

Wenn irgendeine politische Maßnahme dazu führt, daß Leute, die bisher ständig beschossen wurden, nicht mehr beschossen werden, dann sollte man sich über diese Maßnahme zuerst einmal freuen. Wie immer man zum Sarajevo-Modell der NATO und der Drohung mit Luftangriffen steht, in Sarajevo herrscht jetzt größere Sicherheit für die Menschen und das ist zu begrüßen.

Ich widerspreche allerdings dem Kurzschuß, die NATO müsse nur zum Schießen bereit sein, und schon seien die bosnischen Probleme lösbar. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Die NATO muß ein einheitliches politisches Ziel haben. Wenn sie das hat, dann bewirkt ihre militärische Infrastruktur, ihre Macht, daß dieses Ziel auch politisch durchsetzbar wird. Das Problem der NATO war in den letzten Monaten nicht, daß sie nicht geschossen hat. Das Problem der NATO war, daß Europäer und Amerikaner eine unterschiedliche Politik unterstützten.

Seit dem Herbst vorigen Jahres gibt es eine einigermaßen einheitliche Politik der Europäischen Union, die insbesondere von Deutschland und Frankreich vorangetrieben worden ist. Auch

England hat sich Schritt für Schritt dieser Politik angenähert. Diese Politik lief darauf hinaus, alle drei Parteien und Völker in Bosnien auf einen Kompromiß zu drängen, allen klar zu machen, daß keiner den Krieg gewinnen kann, und bei allen dreien die Kriegsoptionen zu entmutigen. Am deutlichsten ist das beim Petersberger Gipfel im Januar geworden. Ich will hier deutlich sagen: Diese Politik war richtig. Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesaußenminister verdienen die Unterstützung des Bundestages für diese Politik.

Man muß aber auch offen aussprechen, daß die Amerikaner diese Politik lange Zeit konterkariert haben. Sie haben die muslimische Seite in ihrer Kriegsoption eher ermutigt. Das war der eigentliche Grund warum wir mit den Ideen, Sarajevo und Mostar unter europäische Verwaltung zu stellen, nicht weiter gekommen sind und warum der Krieg in Mittelbosnien brutal weiter gegangen ist. Wenn wir jetzt zu einer neuen Lage stehen, wenn wir eine bosnische muslimisch-kroatische Föderation bekommen und deren wirtschaftliche Konföderation mit Kroatien, dann liegt es vor allem daran, daß seit der NATO-Drohung von Sarajevo die Vereinigten Staaten ihrem Schützling, der muslimischen Volksgruppe, dasselbe sagt, was die Europäer schon seit langem sagen: Der Krieg kann keinen Erfolg haben, für niemanden, ein Kompromiß ist notwendig. Das und nur das hat dazu geführt, daß der unbeugsam in die Vereinigten Staaten gekommene bosnische Ministerpräsident Selajdzec inzwischen zugestimmt hat, daß den Kroaten die Qualität eines konstitutiven Volks zuzuerkennen ist.

Die zweite positive Veränderung liegt ohne Zweifel im Einfluß der Russen auf die Serben. Das Geheimnis des noch sehr wackeligen Erfolges in der bosnischen Tragödie liegt also nicht so sehr im Schießen, er liegt darin, daß jetzt die Amerikaner auf die Moslems, die Europäer, insbesondere die Deutschen, auf die Kroaten und die Russen auf die Serben einwirken, und zwar in der gleichen Richtung. Wenn das von Anfang an passiert wäre, hätten viele Menschen in Bosnien ihr Leben behalten können.

Wer will, kann dann hinzufügen: Wenn eine solche einheitliche Linie auch militärisch bewährt ist, dann ist das noch glaubhafter als ohne militärische Stützung. Klar ist dabei in jedem Fall: Es genügt nicht, daß man droht oder gar schießt, man muß auch noch ein Konzept haben. An diesem Konzept hat es bisher gemangelt.

Im übrigen sollten wir unsere Argumente durchhalten und nicht täglich wechseln. Die Moslems haben über viele Wochen den Hafen Neum zu einem entscheidenden Thema erklärt. Plötzlich ist es überhaupt kein Thema mehr. Sie und auch die Europäer haben über Wochen die UN-Administration Sarajevos und die UN-Administration Mostars gewünscht. Plötzlich wird dies wieder in Frage gestellt. Ich möchte die Bundesregierung ermutigen, an ihrem Konzept, was Mostar betrifft, festzuhalten. Mostar muß voll in den kroatischen Kanton einbezogen werden und sollte unter UN-Administration gestellt werden. Auch sollten wir an der Idee festhalten, daß in Mostar die Deutschen eine besondere Verantwortung übernehmen.

Zum Schluß: Der Deutsche Bundestag sollte begrüßen, daß in Bosnien Kompromisse möglich werden. Der Bundestag sollte aber nicht dem Irrtum anheimfallen, Kompromisse seien möglich, weil mit dem Schießkrieg gedroht wird. Kompromisse werden möglich, wenn der Westen sich ein gemeinsames Konzept macht und dieses in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einbringt. Das ist, was jetzt geschehen muß.

(-/4. März 1994/hgs/ks)

Rede im Deutschen Bundestag

Vor 30 Jahren : Sozialdemokraten erstmals beim Papst
Ein Meilenstein in der Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Katholischen Kirche
und der Deutschen Sozialdemokratie

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Am 5. März 1994 sind es auf den Tag 30 Jahre, seit im Vatikan zum ersten Mal eine Delegation führender Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom Papst empfangen worden ist. Papst Paul VI. führte an diesem Tag in einer Privataudienz zunächst ein längeres Gespräch mit dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Fritz Erler, zu dem dann Waldemar von Knoeringen, Peter Nellen, Ernst Paul und Alexander von Kohn-Brandenburg hinzustießen. Die Bedeutung dieser aufsehenerregenden Begegnung hat 15 Jahre nach dem Ereignis der amerikanische Historiker Paul Walbeil so beschrieben:

"Der Besuch war dramatisch, weil er das Ende einer nahezu ein Jahrhundert langen Feindseligkeit zwischen der deutschen Sozialdemokratie und dem Vatikan symbolisierte; er war bemerkenswert, weil der Vatikan handelte, ungeachtet der Widerstände seitens deutscher Bischöfe und des päpstlichen Nuntius in Bonn."

Beim Blick auf die Vorgeschichte dieser Begegnung wird sichtbar, wie tief die Gräben waren, die damals überbrückt werden mußten. Die Gegensätze erschienen fast unüberwindlich; sie wurden aber durch die parteipolitisch akzentuierte Gegnerschaft zwischen Katholizismus und Sozialdemokratie in Deutschland noch zusätzlich verschärft. Umso mehr ist die Haltung Papst Paul VI. zu würdigen, der sich über alle Bedenken und Widerstände und auch über Versuche hinweggesetzt hat, die Begegnung noch in letzter Minute zu verhindern.

Für diesen Durchbruch haben das Godesberger Programm von 1959 einerseits und die einschlägigen Dokumente des Zweiten Vatikanischen Konzils in den Jahren nach 1962 andererseits die Voraussetzungen geschaffen. Die Sozialdemokratie nahm in Godesberg programmatisch Abschied von der Vorstellung eines gesellschaftlichen Endzustandes, auf den die geschichtliche Entwicklung hinauslaufe, und definierte den demokratischen Sozialismus nunmehr als die dauernde Aufgabe, den aus dem Zentralbegriff der Menschenwürde hergeleiteten Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der gesellschaftlichen Realität immer aufs Neue Geltung zu verschaffen. In Einklang damit bekräftigte sie die Gleichberechtigung der Begründungen für die Entscheidung des Einzelnen, sich in diesem Sinne zu engagieren. Gleichzeitig wurden die Kirchen und ihr besonderer Auftrag erstmals ausdrücklich anerkannt und ihr öffentlich-rechtlicher Schutz bejaht.

Das Zweite Vatikanum öffnete die Kirche zur Welt von heute und akzeptierte die recht verstandene Eigengesetzlichkeit der irdischen Wirklichkeiten. Dem entsprach die Festlegung in der Apostolischen Constitution "Gaudium et spes", daß für die weltlichen Aufgaben und Tätigkeiten eigentlich, wenn auch nicht ausschließlich, die Laien zuständig seien und es in gleicher Sache oft mehrere Meinungen über das Richtige gäbe. Von der Kirche dürften die Laien Licht und geistige Kraft, nicht aber die Lieferung fertiger Lösungen erwarten. Mit dem Zweiten Vatikanum kommt auch die Entwicklung der kirchlichen Einstellung zur Demokratie zu einem positiven Abschluß. Dazu heißt es jetzt in "Gaudium et spes": "In vollem Einklang mit der menschlichen Natur steht die Entwicklung von rechtlichen und politischen Strukturen, die ohne jede Diskriminierung allen Staatsbürgern immer mehr die tatsächliche Möglichkeit gibt, frei und aktiv teil zu

haben an der rechtlichen Grundlegung ihrer politischen Gemeinschaft, an der Leitung des politischen Geschehens, an der Festlegung des Betätigungsbereichs und des Zwecks der verschiedenen Institutionen und an der Wahl der Regierenden.

Seither ist das Gespräch zwischen der Katholischen Kirche und deutschen Sozialdemokratie zu einer Selbstverständlichkeit geworden, und zwar ebenso mit dem Heiligen Stuhl wie mit der Deutschen Bischofskonferenz und einzelnen kirchlichen Gremien in Deutschland. Ich selber habe dazu als Vorsitzender der SPD und der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion über Jahre hinweg mit regelmäßigen Besuchen in Rom und mit vielen Begegnungen in Deutschland meinen Beitrag geleistet. Und erst vor wenigen Wochen hat Johannes Rau diesen Dialog als stellvertretender SPD-Vorsitzender und als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen bei einer Begegnung mit Papst Paul Johannes II. und mit führenden Vertretern des Vatikans fortgesetzt.

Dieser Dialog kann die Kirche fähiger machen, die Erfahrungen und Erkenntnisse, die Fragestellungen und Antworten einer pluralistischen und seit mehr als einem Jahrhundert in der praktischen Politik wirkenden Partei mit weltweiten Kontakten und damit ein wichtiges Stück Realität in die weitere Entwicklung ihrer Soziallehre einzubeziehen. Und er kann umgekehrt uns, die SPD, fähiger machen, unsere Analysen, aber auch unsere programmatischen Aussagen und unsere praktische Politik durch die kontinuierliche Gegenüberstellung und Vergleichung mit der Soziallehre und dadurch, daß wir sie auf der Grundlage dieser Lehre hinterfragen lassen und auch selbst hinterfragen, argumentativ zu festigen und so insgesamt zu verbessern. Dabei werden sich Übereinstimmungen, aber auch Unterschiede ergeben. Und es wird noch deutlicher werden, daß in über 100 Jahren aus Gegnerschaft, ja Feindschaft, wechselseitige Wahrnehmung und Anerkennung, wechselseitiges Verständnis und wechselseitige Anregung geworden ist. Es ist müßig, darüber zu rechten, wer dabei den längeren Weg zurückgelegt hat. Wichtig ist, daß wir auf diesem Wege, den Paul VI. geöffnet hat, fortschreiten.

(-/4. März 1994/rs/ks)

Die Bundeswehr kann nicht so bleiben, wie sie ist

Politischer Konsens über den Auftrag der Streitkräfte und Planungssicherheit sind vordringlich

**Von Walter Kolbow MdB
Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Trotz Unsicherheit über die weitere Entwicklung Rußlands ist die sicherheitspolitische Lage Mitteleuropas besser als in den 45 Jahren zuvor. Man muß immer wieder daran erinnern, welche Fortschritte erzielt wurden, um dem allgemeinen Negativtrend in der Einschätzung der Nachwendezeit zu wehren: Die Ost-West-Konfrontation wurde abgebaut, der Vertrag über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa ist in der Umsetzung begriffen; der Abzug der russischen Truppen aus Deutschland steht vor dem Abschluß. Unser Land ist schon jetzt nur noch von KSZE-Partnern umgeben, von Mitgliedern im Nordatlantischen Kooperationsrat, bald auch Teilnehmern an "Partnerschaft für den Frieden", die außerdem der EU ange-

hören oder den Beitritt anstreben. Der Demokratisierungsprozeß Rußlands geht bei allen Schwierigkeiten und punktuellen Rückschlägen geordneter vorstatten, als man dies bei der Größe, den Strukturen und der Tradition des Landes erwarten konnte.

Keinesfalls rechtfertigt die Ungewißheit, von einer neuen Bedrohung zu sprechen. Die zweifellos dort vorhandenen Risiken sind wie die an der südlichen und südöstlichen Peripherie der NATO in Umfang und Qualität nicht mit denen des Kalten Krieges vergleichbar. Sie müssen auf politischem Wege vermindert und beherrscht werden, wobei die militärische Versorgung nicht vernachlässigt werden darf. Der Verteidigungsetat und der Umfang der Streitkräfte sind dafür nur unzulängliche Gradmesser, was der Bundeskanzler bei der Münchener Tagung für Sicherheitspolitik gerade erst bestätigte. Gegen die beunruhigende Verbreitung von Rakatentechnik in Verbindung mit Massenvernichtungswaffen helfen konventionelle Streitkräfte nur wenig.

In der Sicherheitspolitik müssen deshalb die Anstrengungen auf die Stärkung der UNO sowie der KSZE und deren Ausbau zu einem kollektiven Sicherheitssystem ausgerichtet werden. NATO und EU sind als Stabilisatoren in Europa erforderlich. Einbeziehung, nicht Ausgrenzung muß das Ziel der Politik Mitteleuropa und Rußland gegenüber sein. "Partnerschaft für den Frieden" ist dafür der richtige Ansatz. Das Programm erlaubt eine substantielle Intensivierung der Zusammenarbeit und eine weitgehende Einbindung, wenn es ernst genommen und entsprechend realisiert wird.

Vereinbarungen über die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen sind jedoch ebenso für die an die KSZE angrenzenden Räume anzustreben; sie sollten mit ihr zusammenhängend organisiert werden. Der Mittelmeerraum einschließlich des Nahen Ostens genießt in dieser Hinsicht erste Priorität.

Folgerungen für den Auftrag der Bundeswehr

Landes- und Bündnisverteidigung sind als Kern des Auftrages politisch unumstritten. Der militärische Beitrag zur NATO und WEU ist Voraussetzung für eine angemessene politische Rolle Deutschlands im Bündnis und für dessen Beistand im Konfliktfall. Die Fähigkeit zur Verteidigung des eigenen Landes ist als Sicherheitsvorsorge und Rückhalt der Politik unverzichtbar. Ein größerer Angriff auf Deutschland oder einen seiner Bündnispartner ist derzeit mehr als unwahrscheinlich. Die NATO geht bei ihren Planungen von über einem Jahr Vorwarnzeit aus.

Eher zu rechnen ist dagegen mit kurzfristigen Einsätzen zur Unterstützung des politischen Krisenmanagements. Nicht zu unterschätzen ist der Beitrag, den die Bundeswehr schon seit längerem zur Verifikation der Rüstungskontrollabkommen und zur Ausbildungshilfe in den neuen Demokratien leistet. Dies gilt auch für die humanitäre Katastrophenhilfe, die die SPD in einem Auslandshilfskorps unter ziviler Führung neu organisieren möchte, weil diese Aufgaben weiter zunehmen werden. UNO-Einsätze gehen über dieses, die Parteigrenzen überschreitende traditionelle Auftragsverständnis hinaus.

Die SPD tritt für die deutsche Beteiligung an Blauhelm-Missionen ein und hat auf dem Wiesbadener Parteitag auch mit der Durchsetzung von Embargos mittels einer Blockade zugestimmt. Damit wäre die Handlungsfähigkeit der deutschen Politik sichergestellt. Voraussetzung ist nach unserer Auffassung jedoch eine Grundgesetzänderung. Im Juni wird das Bundesverfassungsgericht über die dazu eingereichten Klagen der SPD-Bundestagsfraktion abschließend entscheiden. Der neue Verfassungsrahmen wird dann durch ein Bundeswehraufgabengesetz auszufüllen sein, durch das zugleich der Auftrag die notwendige parlamentarische Billigung erhalte.

Die Beteiligung der Bundeswehr an Blauhelm-Missionen erfordert klare politische Kriterien und ein zwischen UN und beteiligten Nationen abgestimmtes politisches Ziel, wie der in dieser Hinsicht gescheiterte Somalia-Einsatz allzu deutlich gezeigt hat. An Kampfeinsätzen im UNO-Auftrag soll die Bundeswehr aber auch nach einer Grundgesetzänderung nach dem Willen der SPD nicht teilnehmen. Solche Operationen hat es bisher überhaupt nur zweimal gegeben, und die zugrundeliegenden Probleme sind durch sie nicht gelöst worden. Sind es nicht gerade die militärischen Fachleute der meisten NATO-Verbündeten, die große Bedenken gegen einen Kampfeinsatz im ehemaligen Jugoslawien haben? Deutschland kann in den Vereinten Nationen auch eine hervorragende Rolle spielen, wenn es sich militärisch zurückhält.

Konsequenzen für die Bundeswehrplanung

Die Streitkräfte müssen über eine Struktur verfügen, die zugleich eine hohe Präsenz eines kleinen Teils der Verbände für den raschen Kriseneinsatz und eine ausreichende Aufwuchsfähigkeit für die Hauptverteidigungskräfte in einem länger anhaltenden Konflikt gewährleistet. Der erforderliche Gesamtumfang bemißt sich nach den Einzelaufgaben, wobei neue Aufgaben nur übernommen werden können, wenn dafür alte auf- oder abgegeben oder zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Der Streitkräfteumfang muß außerdem eine angemessene deutsche Beteiligung am NATO-Verteidigungssystem sicherstellen. Als Maßstab könnte Großbritannien dienen, ein Land mit weltweiten Verpflichtungen, das seine Streitkräfte bis Mitte 1995 auf 245.000 Mann abbauen wird.

Würde der Umfang der Krisenreaktionskräfte verringert, was die SPD seit langem fordert, und der Umfang der präsenten Hauptverteidigungskräfte auf das Notwendigste beschränkt, wäre eine Friedensstärke von 300.000 Mann - immer noch 50.000 mehr, als die Briten stellen - ausreichend. Der Abbau müßte sozialverträglich in jährlichen Abbauschritten von 20 Prozent erfolgen. Die Einstellungen müßten sich schon jetzt an dem neuen geringeren Bedarf orientieren. Auch beim Umfang 300.000 wäre die Wehrpflicht aufrechtzuerhalten. Wehr- und Dienstgerechtigkeit müssen durch flankierende Maßnahmen sichergestellt werden. Die Bundeswehrverwaltung und der Rüstungsbereich müßten der neuen Größe angepaßt werden.

Die Entwicklung einer zukunftssicheren Streitkräfte- und Personalstruktur 300.000 ist das Kernproblem, das bisher von der Hardthöhe nicht angegangen wurde. Die SPD hat mehrfach die Berufung einer Wehrstrukturkommission gefordert und sich zur Mitarbeit bereit erklärt - bisher ohne Erfolg. Noch immer wird in eine falsche Struktur mit einem überdimensionierten Heer investiert. Die Balance der Teilstreitkräfte muß in Ordnung gebracht, Fähigkeiten, die im Krisenmanagement und bei friedenserhaltenden Operationen unverzichtbar sind, müssen gezielt gefördert werden.

Zusätzliche Haushaltsmittel ließen sich durch eine angemessene Verringerung des Verteidigungsumfangs gewinnen, weil weniger Wehrübungen erforderlich wären, weniger an Infrastruktur und Material vorgehalten werden müßten. Aus multinationaler Zusammenarbeit, Aufgabenteilung und Rollenspezialisierung sind mögliche Rationalisierungsgewinne zu verwirklichen. Schließlich müssen eine Straffung der Verwaltungsstrukturen und Privatisierung mit Augenmaß ihren Beitrag zur Gesundung der Bundeswehr leisten. Die SPD ist aber gegen einen flächendeckenden Einkauf von Dienstleistungen privater Anbieter, weil dadurch meist Monopole entstehen, strukturschwache Regionen nicht berücksichtigt werden und nur im ersten Jahr gespart werden kann. Hier ist sorgfältig zu prüfen, was Sinn macht und was nicht.

Durch all diese Maßnahmen würde finanzieller Spielraum für zusätzliche Investitionen gewonnen. Die Zahl der Soldaten allein liefert keine entscheidende Kampfkraft, wenn Instandhaltung und Erneuerung der Ausrüstung nicht mehr zu bezahlen sind. Einen real höheren Verteidigungsetat wird es aber auf absehbare Zukunft nicht geben können. Die gesamtgesellschaftliche Prioritätensetzung und die prekäre Haushaltslage lassen das nicht zu. Im übrigen ist auch jede Mark, die in die wirtschaftliche Stabilisierung Mittel- und Osteuropas gesteckt wird, eine Mark für unsere Sicherheit, wie der jetzige Verteidigungsminister selbst feststellte.

Was allerdings erreicht werden muß, ist eine parteiübergreifende, parlamentarisch gebilligte längerfristige Vereinbarung über die Höhe des Verteidigungsetats, um Planungssicherheit für die Bundeswehr zu gewährleisten. Zugleich müßte die Politik verlässliche Rahmendaten für die wehrtechnische Industrie beschließen, die eine solide Basis für die Aufrechterhaltung als notwendig erachteter Entwicklungs- und Produktionskapazitäten darstellen. Diese vorausschauende Planung ermöglicht erst die mehr denn je erforderliche sparsame Haushaltsführung.

Die gesamte Rüstungsplanung muß überprüft werden. Wenn im Parlament ein parteiübergreifender Konsens auch dafür erreicht werden soll, sind überzeugende Konzepte für die einzelnen Projekte vorzulegen. Bisher ist es nur der Marine gelungen, für ihren Haushalt die einstimmige Billigung zu erhalten. Die anderen Teilstreitkräfte tun sich da offenbar schwerer. So liegt noch immer kein Konzept "Künftige Luftverteidigung" vor, auf dessen Grundlage der Bedarf für ein neues Jagdflugzeug in einer eigens dafür geschaffenen Arbeitsgruppe des Verteidigungsausschusses beraten werden sollte.

Mögliche Kriseneinsätze und Blauhelmoperationen sind bei der Ausrüstung der Bundeswehr stärker als bisher zu berücksichtigen. So muß zum Beispiel darüber nachgedacht werden, wie die rasche Verlegbarkeit der Verbände per Luft zu gewährleisten ist.

Zusammenfassung

Der von den Regierungsparteien aufgekündigte Konsens in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik muß möglichst rasch wiederhergestellt werden. Die Chance dafür ist - bis auf die strittigen Kampfeinsätze - größer geworden, weil sich der Verteidigungsminister durch die pure Macht der Fakten der SPD-Position angenähert hat. Er kann mit unserer Unterstützung rechnen, wenn er jetzt die dringend notwendigen, bereits überfälligen Strukturreformen beginnt. Die Ehrlichkeit den Soldaten und zivilen Mitarbeitern gegenüber gebietet, rechtzeitig, nämlich jetzt zu sagen, daß die Bundeswehr nicht so bleiben kann wie sie ist, daß ihre Struktur bestenfalls Übergangscharakter besitzt und daß spätestens für die Zeit nach dem Jahr 2000 die angedeuteten grundlegenden Änderungen greifen müssen.

(-/4. März 1994/rs/fr)
